

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Der Führer. 1933-1936 1934

257 (18.9.1934) Badischer Staatsanzeiger

Wie lage idis meinem Kinde?

Sowjetrussische Völkerbundspolitik

Ein gewundener Rechtfertigungsartikel der „Iswestija“ zur Unterrichtung der ahnungslosen Öffentlichkeit

* Moskau, 17. Sept. Wie bereits gemeldet, hat die Öffentlichkeit Sowjetrusslands von den Verhandlungen über den Eintritt der Sowjetunion in den Völkerbund zunächst keine Silbe erfahren, bis die Angelegenheit zur Zufriedenheit und endgültig geregelt erscheinen konnte. Nunmehr übernimmt es die „Iswestija“, für den innerrussischen Bedarf diese neue Moskauer Politik der Genfer Einstellung gegenüber zu erklären und zu begründen. Ob die neuen Genfer Freunde von der Auffassung, wie sie die „Iswestija“ ihren Lesern vorträgt, besonders begeistert sein werden, bleibe dahingestellt.

Das Blatt stellt zunächst fest, daß die Einladung der Sowjetregierung nach Genf und die Annahme dieser Einladung ein Ereignis von größter Bedeutung darstelle. In dem geschichtlichen Rückblick, der sich an diese Feststellung anschließt, wird von den erprobten Registern der Moskauer Propaganda ziemlich stark Gebrauch gemacht. Es heißt da nämlich, der Völkerbund, der entstanden sei als eine Organisation der Siegerstaaten, habe seine Spitze nicht nur gegen die im Kriege bestiegene, sondern auch gegen den damals aufkommenden „ersten Staat der Welt“, den Sozialismus verwirklicht, gerichtet. Der Versuch, den Willen der siegreichen kapitalistischen Staaten der Arbeiterklasse und der Bauernschaft Rußlands aufzuzwingen, sei durch die vereinigten Anstrengungen der Völkermassen siegreich abgewehrt worden.

Die Sowjetunion sei ein Hort des Kampfes um den Frieden geworden. Nicht nur habe sie ihren nächsten Nachbarn die Hand entgegen gestreckt, indem sie mit ihnen Nichtangriffsabfälle abschloß, sondern sie habe an sämtlichen Friedenskonferenzen teilgenommen, die der Völkerbund einberief, „ungeachtet dessen feindlicher Einstellung gegenüber Sowjetrußland“.

Die Sowjetunion habe den radikalsten Plan, nämlich die totale Abrüstung, vorgeschlagen, was allerdings nicht angenommen worden sei. Das Auftreten der Sowjetunion habe jedoch seine Rolle gespielt. Es habe bewiesen, daß sie der „einzige Staat“ sei, der tatsächlich das Friedenswerk dauernd verteidige. Die Ehrlichkeit der sowjetrussischen Friedensbestrebungen sei schließlich auch im Auslande anerkannt worden und habe dazu geführt, daß die Mehrheit der Völkerbundsmitglieder sich an die Sowjetunion mit dem Vorschlag gewandt habe, dem Völkerbund beizutreten. Die kapitalistische Welt sei heute in zwei Gruppen geteilt, nämlich in die Mächte, die „in der augenblicklich gegebenen geschichtlichen Epoche“ (!) einen Krieg nicht antreten, weil ein Krieg sie mit dem Verlust ihrer Eroberungen bedrohen würde, sowie auf der anderen Seite die Mächte, die, mit der heutigen Lage unzufrieden, bereit seien zu dem abenteuerlichen Versuch, im Kriege einen Ausweg zu suchen. Zwei Großmächte, nämlich Deutschland und Japan, hätten den Völkerbund verlassen, „um sich den Verpflichtungen aus den Völkerbundsstatuten zu entziehen“ (!).

Die Sowjetunion kenne alle Mängel des Völkerbundes, in denen sich „der Charakter der in ihm vertretenen Regierungen widerspiegeln“. Sie wisse, daß der Völkerbund in seiner Vergangenheit nicht in der Lage war, irgendwelche ernste Maßnahmen für den Schutz des Friedenswerkes zu unternehmen. Gleichzeitig sehe sie jedoch, daß ein Teil der dem Völkerbund angehörenden Staaten das Friedenswerk verteidigen wolle. Deshalb habe sie es als Pflicht betrachtet, der Einladung dieser Mächte entgegenzukommen. Trotzdem vergesse die Sowjetregierung nicht, daß für eine Reihe von Mitgliedsstaaten, „ohne erst von denen zu sprechen, die ihn verlassen hätten“, die Feindschaft gegenüber dem Lande des Sozialismus sich stärker erweisen könne als die Furcht vor dem Kriege.

Deswegen dürfe die öffentliche Meinung der Sowjetunion, indem sie die Bereitschaft der Sowjetregierung, dem Völkerbunde beizutreten, voll und ganz begrüße, doch keinen Augenblick vergessen, daß das Friedenswerk vor allem von zwei Faktoren abhängt, nämlich vom Willen zum Frieden bei den Völkermassen aller Länder und von der Stärke der Sowjetunion. Je stärker die Sowjetunion sein werde, je fester die rote Armee sei, die an den Grenzen die Macht seiner Unabhängigkeit darstelle, desto mehr müßten die Abenteurer des Imperialismus

fürchten, eine Politik zu führen, die nur mit ihrer völligen Vernichtung enden könne.

Die Aussprache in Genf

(Fortsetzung von Seite 1.)

Nachdem nach Bundespräsident Motta der belgische Ministerpräsident Jaspar, der holländische Außenminister de Graeff und der erste Delegierte Argentiniens, Cantillo, ebenfalls ihre Bedenken und Einwände gegen die Aufnahme der Sowjetunion dargelegt hatten, versuchte der französische Außenminister Barthou, vor einer zum Teil sehr kritischen Versammlung die französische Haltung im Hinblick auf den Eintritt der Sowjetunion zu verteidigen. Aber die Stellung Frankreichs ist in dieser Frage so schwach fundiert, daß es selbst diesem glänzenden Redner sehr schwer wurde, Argumente für die französische Politik zu finden, deren eigentliches politisches Ziel allzu deutlich zutage tritt.

Nach Barthou sprach Eden als Vertreter Großbritanniens ganz kurz. Er brachte die Zustimmung seiner Regierung zur Aufnahme Sowjetrußlands in den Völkerbund in nächsteren Worten zum Ausdruck. England trete für die Universalität des Völkerbundes ein, und es sei daher auch der Meinung, daß ein so großes Land mit einer so zahlreichen Bevölkerung nicht außerhalb des Völkerbundes bleiben solle.

Mosji gab für Italien eine ganz kurze Erklärung ab, in der er feststellte, daß sein Land den Standpunkt Frankreichs und Englands teile.

Es erweckte keine Überraschung, als der polnische Außenminister Bede für sein Land ebenfalls dem Eintritt Sowjetrußlands zustimmte, ohne bei dieser Gelegenheit besondere Kritik zu üben. Bede erinnerte an die Wiederaufnahme normaler und guter Beziehungen seines Landes zu Sowjetrußland. Er begrüßte es zum Schluß, daß Sowjetrußland nun im Völkerbund auch die Lasten der internationalen Friedenssicherung mittragen werde.

Der tschechoslowakische Außenminister Benesch konnte es sich nicht verlagern, eine ziemlich langatmige Erklärung zu verlesen. Auch er gab der Meinung Ausdruck, daß ein so wichtiger Teil Europas nicht außerhalb des Völkerbundes bleiben dürfe. Der kanadische Ministerpräsident Bennett beklagte sich als nächster Redner über die Propaganda der Dritten Internationale in Kanada, erklärte aber, daß sein Land trotzdem im Interesse des internationalen Friedens für die Zulassung Sowjetrußlands stimmen werde.

Die Vollversammlung des Völkerbundes, in der die Aufnahme Sowjetrußlands vollzogen werden soll und der Einzug der Russen zu erwarten ist, ist auf Dienstag nachmittags 3.30 Uhr festgesetzt worden.

Moskaus wahres Gesicht

Kommunistische Zerkleinerungsarbeit in der schwedischen Wehrmacht — Aufsehenerregende Erklärungen des Generalstabschefs Nygren

* Stockholm, 17. Sept. Das Stockholmer Abendblatt „Nya Dagligt Allehanda“ bringt in größter Aufmachung eine Erklärung des schwedischen Generalstabschefs über die kommunistische Wahl- und Zerkleinerungsarbeit in der schwedischen Wehrmacht. In der Erklärung des Generals heißt es wörtlich, daß „die staatsfeindliche Agitation einen solchen Umfang und derartige Formen angenommen hat, daß eine ernste Gefahr für den Zusammenhalt der Armee besteht“.

Auf Grund der Berichte, heißt es in der Erklärung weiter, die er als Generalstabschef in der Armee erhalte, mache sich die kommunistische Propaganda bei sämtlichen Truppenteilen geltend; es sei selbstverständlich, daß die einzelnen Truppenkommandos alles täten, um diese Zerkleinerungsarbeit zu unterbinden. Es müsse aber betont werden, daß die gegenwärtigen Verhältnisse alles andere als zufriedenstellend seien. Von der Armee sei der Versuch gemacht worden, wirksamere gesetzgeberische Maßnahmen zu erreichen. Die Beratungen der Regierung darüber seien jedoch noch nicht abgeschlossen.

Das Blatt fügt hinzu, daß die kommunistische Agitation auch innerhalb der Marine ihr Unwesen treibe und besonders in den Monaten Juli und August eine Verstärkung erfahren habe. Die bestehenden Gesetze seien, so unterstreicht das Blatt mit Nachdruck, zur wirksamen Bekämpfung der roten Propaganda völlig ungeeignet. Zum Beweis für die unzureichende Gesetzgebung bringt das Blatt eine Meldung aus Sollefka, nach der ein Soldat wegen Verbreitung von antimilitaristischen, kommunistischen Propagandaschriften nur zu einem Monat Gefängnis verurteilt wurde. Dabei habe der Verurteilte zugegeben, der kommunistischen Partei anzugehören und aus politischen Motiven gehandelt zu haben. Überdies habe die Untersuchung ergeben, daß kommunistische Parteifunktionäre dem Soldaten bei seiner Zerkleinerungsarbeit Hilfe geleistet haben.

Chile, Spanien und die Türkei in den Völkerbundrat gewählt

* Genf, 17. Sept. Am frühen Montagmorgen fand, wie erwartet, die Wahl Chiles, Spaniens und der Türkei in den Völkerbundrat durch die Völkerbundsversammlung statt. Von 52 gültigen Stimmen erhielten Spanien und Chile je 51, die Türkei 48 Stimmen. Die Wahl der drei Länder wurde mit Beifall begrüßt.

Kraftwagen rollt in einen Fluß

* Paris, 17. Sept. Ein seltsames Unglück ereignete sich bei Dijon. Dort fuhr ein Kraftwagenbesitzer zum Angelplatz und nahm seine beiden Söhne im Alter von drei und fünf Jahren und seine zwölfjährige Tochter mit. Während er zum Angeln ging, ließ er die Kinder im Wagen. Aus unbekanntem Grund geriet der Wagen in Bewegung und rollte in den Fluß. Die drei Kinder kamen ums Leben.

Diamanten im Geldschrank der „Morro Castle“ gefunden

* Newyork, 17. Sept. Wie gemeldet wird, sind im Geldschrank des Zahlmeisters der „Morro Castle“ Diamanten und Perlen von ungeheurem Wert gefunden worden, die für einen weiblichen Fahrgast, der gerettet wurde, aufbewahrt wurden. Es wird angenommen, daß die Diamanten für kubanische politische Flüchtlinge in Newyork bestimmt waren.

Schweres Unwetter über dem Erzgebirge

* Dresden, 17. Sept. Im östlichen Erzgebirge ging Montag nachmittags ein Wolkenbruch mit Hagelschlag nieder. Am schwersten wurden die Orte Nieder-Frauen-dorf, Reinhardtsgrünna sowie die Gegend von Glashütte betroffen. Von Dresden ist die Technische Rothilfe, von Dipoldiswalde die Feuerwehr und SA zur Hilfeleistung ausgerückt.

In der Glashütter Gegend stiegen die Wasser des Brücknitzbaches innerhalb von 10 Minuten um drei Meter. Auch alle übrigen Gebirgsbäche führten gewaltige Wassermassen zu Tal. Geröll, Baumstämme und Äste mit sich reißend, wiesen und Felder, Keller und Grundstücke sind überschwemmt. Außerordentlich schwer ist auch die Gegend von Ruchau betroffen worden.



Amtliche Bekanntmachungen

Einziehung des Vermögens des Volksvereins für das katholische Deutschland

Auf Grund des Gesetzes über die Einziehung volks- und staatsfeindlichen Vermögens vom 14. Juli 1933 (Gesetz- und Verordnungsblatt Seite 479) wird für den Bereich des Landes Baden das Vermögen des Volksvereins für das katholische Deutschland zugunsten des Landes Baden eingezogen, da es nach Feststellung des Reichsministers des Innern zu volks- und staatsfeindlichen Bestrebungen bestimmt gewesen ist. Die badische Verordnung über die Einziehung volksfeindlichen Vermögens vom 28. Juli 1933 (Gesetz- und Verordnungsblatt Seite 139) findet entsprechende Anwendung.

Karlsruhe, den 6. September 1934.
Der Minister des Innern.

Vertrieb

Dem Dom-Resaurierungsverein München wurde die Erlaubnis zum Vertrieb in Baden erteilt.

Karlsruhe, den 6. September 1934.
Der Minister des Innern.

Die Berechtigungen folgender Apotheken werden hiermit zur Bewerbung ausgeschrieben:

1. Hebelapothek in Vörsach,
2. Friedrichapothek in Ettlingen,
3. Stadl-Apothek in Böhrndach (Amt Donaueschingen).

Gesuche sind unter Beifügung der erforderlichen Nachweise bis spätestens 3. Oktober 1934 hierher einzureichen.

Bei der Konjessionserteilung wird unter sonst gleich bedingten Bewerbern grundsätzlich solchen, die sich um die nationale Erhebung verdient gemacht haben, sowie hunderischen Bewerbern der Vorzug gegeben. Persönliche Vorstellungen wollen unterbleiben.

Karlsruhe, den 12. September 1934.
Der Minister des Innern.

Sammlungsgenehmigung für die Bahnhofsmission

Der Stellvertreter des Führers hat durch den bevollmächtigten Reichsstaatsminister der NSDAP gemäß § 1 Absatz 4 des Gesetzes über das Verbot von öffentlichen Sammlungen vom 3. Juli 1934 folgende Sammlung zugelassen:

Die kirchliche Bahnhofsmission Berlin-Dahlem ist berechtigt, an je dreimal zwei Tagen für ihre verschiedenen Arbeitsgruppen innerhalb der Bahnhofsgebäude im Einvernehmen mit den Bahnhofsverwaltungen zu sammeln. Die Sammeltage sind im Einvernehmen mit

der kirchlichen Bahnhofsmission durch das Bezirksamt — Polizeidirektion — festzusetzen.

Karlsruhe, den 15. September 1934.
Der Minister des Innern.

Sammlung des Volksbundes Deutsche Kriegsgräberfürsorge e. V.

Der Stellvertreter des Führers hat durch den bevollmächtigten Reichsstaatsminister im Einvernehmen mit dem Reichsminister der Finanzen nach § 1 Abs. 4 des Gesetzes über das Verbot von öffentlichen Sammlungen vom 3. Juli 1934 zu folgender Sammlung die Erlaubnis erteilt:

Am 20. und 21. Oktober 1934 ist der Volksbund Deutsche Kriegsgräberfürsorge e. V. berechtigt, auf öffentlichen Straßen und Plätzen und von Haus zu Haus zu sammeln.

Karlsruhe, den 8. September 1934.
Der Minister des Innern.

Aus dem Bereich des Ministeriums des Kultus, des Unterrichts und der Justiz

— Abt. Kultus und Unterricht —

Berechtigungen auf Ansuchen:

Schwerbeschuldiger Otto Bauer in Gaggenau als Studienrat an die Gewerbeschule II in Karlsruhe.

Zurückgekehrt auf Ansuchen unter Anerkennung des nationalen Dufertums: Oberlehrer Heinrich Jechle in Zell i. B.

Gestorben:

der ordentliche Honorarprofessor Dr. Karl Steeder an der Universität Heidelberg am 24. August 1934. Hauptlehrer Oskar Weiser in Mannheim am 29. August 1934.

Ernannt:

Oberregierungsamtsrat Karl Spick bei der Abteilung für Wasser- und Straßenbau des Finanz- und Wirtschaftsinstitut zum Ministerialrat.

Zurückgekehrt auf Ansuchen wegen leidener Gesundheit: Oberforstrat Leopold Schid in Forbach.

Zurückgekehrt auf Ansuchen gem. §§ 24 und 25 des Beamtengesetzes: Förster Josef Kunz in Schilberga.

Zurückgekehrt auf Grund des Art. 53 § 4 der Haushaltsverordnung vom 9. Oktober 1931: Hofenmeister Mathias Meier in Mannheim.

Zurückgekehrt kraft Gesetzes: Zeichensammler Georg Adam Schuhmacher, Karlsruhe.

Berechtigungen:

Ausgleichsamtlerin Werta Lopy beim Bezirksbauamt Bruchsal zum Bezirksbauamt Karlsruhe.

Karlsruhe, den 17. September 1934.
Badischer Finanz- und Wirtschaftsminister — Rechnungsamt —

Pressegeheimlich verantwortlich: H. Moraller, Karlsruhe.



PALMOLIVE-SEIFE

Mehr als Seife — ein Schönheitsmittel.

1 St. nur 32,-
3 Stück 90,-

Hersteller: Palmolive-Binder & Ketels G. m. b. H., Hamburg

nicht nur für Gesicht und Hände, sondern auch für den ganzen Körper. Kein Bad mehr ohne Palmolive-Seife.